



»Sie machen die Europäische Idee kaputt«

Rede von Gregor Gysi, 14. Dezember 2011

Antwort auf die Regierungserklärung der Kanzlerin zu den Beschlüssen des EU-Krisengipfels

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Bundestagspräsident, ich habe mit Erstaunen und Wohlwollen festgestellt, dass Sie die französischen Gäste auf Französisch begrüßt haben. Ich bin sehr gespannt, wie Sie das beim nächsten Mal bei chinesischen Gästen machen. Wir werden das abwarten.

(Heiterkeit bei der LINKEN)

Herr Brüderle, eines muss ich Ihnen sagen, wenn ich darf:

(Otto Fricke (FDP): Nur eines?)

Man kann der SPD und den Grünen ja viel unterstellen, aber ihnen neosozialistische Traamtänzereien zu unterstellen, ist wirklich in jeder Hinsicht abwegig.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN) Dr. Martin Lindner (Berlin) (FDP): Dafür sind Sie

zuständig!)

Frau Bundeskanzlerin, ich darf darauf hinweisen: Sie haben erklärt, dass man die Konstruktionsfehler bei der Währungsunion endlich beheben muss. Eigentlich hätten Sie aber sagen müssen, dass die Linke das alles damals schon vorhergesagt hat, Sie aber fälschlicherweise Herrn Kohl und nicht uns zugestimmt haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Kommen wir aber zu einem anderen Thema. Wir haben Ihren EU-Gipfel erlebt, und ich stelle eine ungeheure Veränderung im Tempo fest. Früher dauerte es Monate, bis ein EU-Gipfel Makulatur wurde, dann Wochen und heute nur noch wenige Tage. Ich werde versuchen, Ihnen das zu belegen.

Sie wollen zusammen mit Sarkozy allein entscheiden, was in Europa passiert. Sarkozy möchte außerdem, dass die Deutschen die Schulden der französischen Banken mitbezahlen, um es einfach einmal offen zu sagen. Er versucht hier immer, ein Konstrukt dafür zu finden.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Bisher wehren Sie sich einigermaßen.

Ihnen geht es um das Vertrauen der Finanzmärkte. Dabei muss diese Art von Finanzmärkten endlich einmal bekämpft werden. Wir müssen nicht um deren Vertrauen ringen, sondern wir müssen sagen: Das Ende der Fahnenstange ist erreicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Abgesehen davon schaffen Sie es ja auch gar nicht, Vertrauen herzustellen. Um das zu beurteilen, genügt ein Blick auf die Börsen. Sie beweisen das Gegenteil!

Nun haben Sie die Idee bzw. den Trick entwickelt hier hat Herr Steinmeier recht , dass der Internationale Währungsfonds zusätzlich Kredite

geben soll, weil der Rettungsschirm natürlich nicht ausreicht. Das haben wir Ihnen übrigens schon vorher gesagt. Weil Sie das aber nicht zugeben wollen, gehen Sie nun einen anderen Weg und sagen: Dann stocken wir ihn nicht auf, sondern wir machen das über den Internationalen Währungsfonds. Da sind aber auch die USA beteiligt, und das Erste, was Präsident Obama gesagt hat, war: Dafür kriegt der IWF von den USA nicht einen einzigen Dollar.

Nun sagen Sie, Sie wollen trotzdem diesen Weg gehen. Dabei geht es um einen Betrag von 200 Milliarden Euro für die betroffenen Länder. Das ist deshalb interessant, weil die Euro-Zone davon 150 Milliarden Euro bereitstellen soll und die Bundesbank davon wiederum einen Anteil von 45 Milliarden Euro.

Herr Brüderle, was Sie hier zur Unabhängigkeit der Bundesbank gesagt haben, ist wirklich ein starkes Stück. Dieser Bundestag hat mehrfach beschlossen, dass wir maximal für einen Betrag von 211 Milliarden Euro haften. Nun wollen Sie weitere 45 Milliarden hinzufügen. Da sagt der Chef der Bundesbank doch völlig zu Recht: Zuerst muss der Bundestag beschließen, ob eine Haftung in größerem Umfang übernommen wird. Das ist doch wohl das Minimum.

(Beifall bei der LINKEN)

Das lehnen Sie ab. Sie lehnen das aber nur deshalb ab, weil Sie nicht glauben, das in Ihren Fraktionen, vor allen Dingen in der FDP, durchzubekommen. Aber wir können doch hier nicht bloß wegen des Zustandes der FDP herumkleistern. Ich bitte Sie! Hier sind die Grenzen überschritten.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich müssen wir hier darüber einen Beschluss fassen.

Dann wollen Sie neben dem vorübergehenden

Rettungsschirm auch einen dauerhaften schaffen. Nun hat der Gipfel beschlossen, dessen Einrichtung vorzuziehen. Mit anderen Worten, Frau Bundeskanzlerin, Sie haben sich wieder einmal verrechnet. Das heißt, Sie haben den dauerhaften Schirm für einen bestimmten Zeitpunkt angesetzt und stellen jetzt fest: Es ist zu spät; Sie müssen das Ganze vorziehen. Okay. Man kann sich ja korrigieren.

Das bedeutet aber, dass wir zusätzlich 4,3 Milliarden Euro zur Verfügung stellen müssen, und zwar im Jahre 2012. Diese stehen aber im Bundeshaushalt nicht drin. Daraufhin haben Sie zunächst gesagt, Sie wollten sie eigentlich gar nicht drin haben. Jetzt sagt Herr Schäuble, doch, Mitte des Jahres 2012 will er die zusätzlichen 4,3 Milliarden Euro in einen Nachtragshaushalt aufnehmen. Ich verstehe das nicht. Wenn wir es jetzt schon wissen, könnten Sie doch eigentlich gleich beantragen, einen Nachtragshaushalt zu beschließen.

(Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel: Aber handeln!)

Natürlich können wir noch warten, Frau Merkel, bis der Vertrag unterschrieben ist. Aber eines darf ich auch sagen: Sie müssen sich beeilen. Sie wissen doch gar nicht, wie viele Tage die Koalition noch hält.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn Sie den Nachtragshaushalt durchkriegen wollen, sollten Sie das nicht bis zur Mitte des nächsten Jahres verschieben.

(Zuruf von der FDP: Da machen Sie sich mal keine Sorgen!)

Wissen Sie, ich mache mir ja nicht Sorgen um die FDP. Aber ich finde, Sie sollten anfangen, sich Sorgen um die FDP zu machen.

(Beifall bei der LINKEN - Dr. Martin Lindner (Berlin))

(FDP): Das war jetzt rhetorisch ein echtes

Feuerwerk!)

Sie meinten, Frau Merkel, als große Siegerin aus Brüssel zurückzukommen, Sie hätten sich für die Stabilitätsunion entschieden und so viel dabei gewonnen. Die Kommission soll ja nun berechtigt sein, unter bestimmten Bedingungen in das Budget, in den Haushalt der Länder einzugreifen. Da hat doch der Bundestagspräsident recht: Das Grundgesetz regelt eine Hoheit des Bundestages für den Haushalt.

(Zuruf von der LINKEN: So ist es!)

Es sieht überhaupt nicht vor, dass eine europäische Behörde in den Haushalt der Bundesrepublik Deutschland eingreift. Wenn Sie das beschließen, ist das ganz klar grundgesetzwidrig.

(Beifall bei der LINKEN)

Das hat auch keinen Bestand vor dem Bundesverfassungsgericht. Darüber müssen wir doch wenigstens einmal ausführlich diskutieren. Ich verstehe das nicht.

Dann gibt es einen zweiten Gesichtspunkt. Sie haben ja automatische Sanktionen vereinbart. Dazu muss ich einmal sagen, Frau Bundeskanzlerin: Es gibt keine automatischen Sanktionen. Vielmehr müssen immer noch Menschen entscheiden, wann sie eingesetzt werden. Sie wollten damit ja auch bloß sagen, dass die Länder dagegen kein Beschwerderecht etc. haben. Es wird über Sanktionen entschieden, wenn eine bestimmte Haushaltsdisziplin verletzt wurde.

Weiter sagen Sie, ganz Europa muss die Schuldenbremse übernehmen, die wir in Deutschland schon eingeführt haben. Darf ich wieder einmal versuchen, den Konstruktions- und Denkfehler der Schuldenbremse zu erklären? Es gibt einen Unterschied zwischen dem Bundeshaushalt und dem privaten Haushalt. Im privaten Haushalt herrscht die Regel: Wenn ich mehr Geld habe, gebe ich mehr aus,

und wenn ich weniger Geld habe, gebe ich weniger Geld aus.

Wenn man den Bundeshaushalt verantwortet, muss man ganz anders entscheiden. Wenn man gute Steuereinnahmen hat, kann man Schulden abbauen und sparen, und wenn man schlechte Steuereinnahmen hat, muss man zusätzlich investieren, damit die Wirtschaft wieder angekurbelt wird.

(Volker Kauder (CDU/CSU): Das heißt, Schulden machen! Mannomann!)

Genau das verbietet Ihre Schuldenbremse. Deshalb ist das ganze Konstrukt, gemeinsam gefunden von Union und SPD, falsch. Das jetzt auch noch ganz Europa aufzustülpen, ist sozusagen eine Multiplizierung dieses Fehlers.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber jetzt kommt etwas anderes. Das muss ich Ihnen einmal als Jurist sagen: Beide Regelungen widersprechen natürlich ganz klar dem Vertrag von Lissabon. Da Großbritannien nicht mitspielt, können Sie den Vertrag nicht ändern. Nun gehen Sie folgenden Weg und sagen: Wir machen einfach einen eigenen, neuen Vertrag - das ist so ein typischer Trick -, und es fällt wahrscheinlich gar keinem auf, dass dieser neue Vertrag dem Vertrag von Lissabon widerspricht.

Ich sage Ihnen klipp und klar: Wenn man einen völkerrechtlichen Vertrag schließt, der einen bestehenden völkerrechtlichen Vertrag verletzt oder ihm widerspricht, dann ist der neue Vertrag völkerrechtswidrig. Da wir nach dem Grundgesetz an das wirksame, geltende Völkerrecht gebunden sind, kann Ihr Vorgehen niemals vom Bundesverfassungsgericht bestätigt werden. Dieser Trick wird nicht funktionieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich muss Ihnen sagen, Frau Bundeskanzlerin: Warum fragen Sie mich eigentlich nicht vorher? Dann könnte man solche eklatanten Fehler einfach vermeiden. Das wäre ein einfacherer Weg, wenn ich das einmal sagen darf.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Nun spielt Großbritannien da nicht mit. Alle fallen jetzt über Großbritannien her, wobei ich sage: Die Begründung von Großbritannien ist tatsächlich abenteuerlich und nur zurückzuweisen. Aber an sich hat Großbritannien damit recht, dass das Konstrukt so nicht geht, aber es wird die falsche Begründung angeführt. Kommen wir zurück zur europäischen Idee – das ist mir jetzt sehr ernst –: Diese europäische Idee wurde auch von Konservativen vertreten, nicht nur zu Zeiten Kohls, sondern auch vorher und nachher. Diese europäische Idee machen Sie kaputt.

(Beifall des Abg. Alexander Ulrich (DIE LINKE))

Ich will Ihnen auch sagen, warum. Sie führen eine Agenda-2010-Union ein, und zwar multipliziert. Agenda 2010 – leider eine Erfindung der Sozialdemokraten – bedeutet Geringverdiener. Jetzt liegt übrigens eine Studie vor, nach der die Geringverdiener immer früher sterben. Wenn Sie jetzt nichts gegen Armut machen, handeln Sie sogar vorsätzlich, weil Sie wissen, dass Arme immer früher sterben. Also muss man etwas dagegen tun.

(Beifall bei der LINKEN – Norbert Barthle (CDU/CSU):
Vielleicht sollten Sie die OECD-Studie etwas genauer lesen!)

Agenda 2010 bedeutet auch Lohnabbau, Rentenkürzung, prekäre Beschäftigung, Outsourcing, das heißt, Teile eines Unternehmens werden aus einem Unternehmen ausgegliedert, damit man schlechtere Löhne bezahlen kann, Teilprivatisierung

der Renten und der Gesundheit. All das verordnen Sie in viel schärferer Form Griechenland, Spanien, Portugal und Italien.

Was glauben Sie, wie dann die Menschen die EU empfinden? Glauben Sie wirklich, die denken dann: Das ist eine tolle Einrichtung, die zu mehr Wohlstand führt? Die Menschen werden sagen: Die EU baut meinen Lebensstandard ab. Sie baut mein Selbstwertgefühl ab. Sie verhindert meine eigene Würde. All das kommt auch noch nach Deutschland. Das ist nicht nur sozial katastrophal, sondern es zerstört auch die europäische Idee und ist gefährlich. Ich möchte nicht zurück in das Europa des 20. und des 19. Jahrhunderts, das durch Kriege zwischen den heutigen Mitgliedsländern der Europäischen Union gekennzeichnet war. Dahin wollen wir nicht zurück.

(Beifall bei der LINKEN)

Dieser Sozialabbau ist darüber hinaus völlig falsch, nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern. Es ist ebenso falsch, die Investitionen zu streichen; denn das bedeutet doch alles weniger Steuereinnahmen. Das bedeutet, dass das Geld, das wir dorthin geben, verschwindet, und zwar in den Banken. Die Griechinnen und Griechen haben nichts davon, die Italienerinnen und Italiener haben nichts davon, die Spanierinnen und Spanier nichts und auch die Portugiesinnen und Portugiesen nichts. Außer zusätzlichen Schulden kommt auch für Deutschland und seine Bevölkerung nichts heraus. Das ist alles nicht zu machen.

Wenn Sie mir das nicht glauben, dann glauben Sie doch wenigstens Ihrer heiligen amerikanischen Ratingagentur. Jetzt zitiere ich einmal das, was Standard and Poor's sagen, die nun wirklich auf der anderen Seite stehen:

Während sich die europäische Wirtschaft abkühlt, erwarten wir, dass ein Reformprozess, der allein auf

der Säule von Sparanstrengungen ruht, zwecklos ist, wenn die Sorgen der Bürger um Jobs und Einkommen wachsen, die Nachfrage schrumpft und die Steuereinnahmen der Staaten erodieren.

Das Ergebnis wird dann eine noch schlechtere Bewertung dieser Länder durch die Ratingagenturen sein. Das verschärft die Krise.

Weiter stellt die Ratingagentur zutreffend Folgendes fest, Frau Bundeskanzlerin: Die Staatsschulden seien nicht Ursache, sondern Folge der Bankenkrise.

(Beifall bei der LINKEN)

Weit klügere Leute sagen das auch. Warum reden Sie immer von einer Staatsschuldenkrise? Die USA haben viel höhere Staatsschulden, auch in der Verhältnismäßigkeit. Sie sind aber nicht in derselben Situation. Die Bankenkrise ist das Entscheidende. Diese müssen wir überwinden, wenn wir aus der Krise herauskommen wollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Machen wir uns doch nichts vor: Agenda 2010 mit Lohn- und Rentenabbau führte dazu, dass deutsche Produkte billiger wurden. Deshalb konnten wir immer mehr davon nach Spanien, nach Italien und nach Portugal verkaufen. Deshalb konnten die Firmen in Spanien, Portugal und Italien immer weniger ihre eigenen Produkte im eigenen Land und hierher verkaufen. Das hat Folgen. Deshalb sage ich Ihnen: Wenn wir aus dieser Falle herauswollen, die auch andere Länder belastet, dann müssen wir endlich die Binnenwirtschaft stärken, um nicht zu stark von den Verkäufen in andere Länder abhängig zu sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn wir die Binnenwirtschaft stärken wollen, dann brauchen wir endlich höhere Löhne, höhere Renten und höhere Sozialleistungen,

(Norbert Barthle (CDU/CSU): Mehr Schulden!)

und wir müssen die gesamte prekäre Beschäftigung überwinden. Es gibt keinen anderen Weg.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist nicht nur sozial gerechter und verhindert, dass Menschen wegen ihrer Armut immer früher sterben, sondern es stärkt auch die Binnenwirtschaft und hilft Italien und anderen Ländern.

Wir haben es weiter mit einem dramatischen Demokratieabbau zu tun. Was passiert denn in Griechenland und Italien? Da werden auf Wunsch der Jongleure des Finanzmarktes Technokraten als Regierungschefs eingesetzt. Es gibt vorher keine Wahl, und keiner befragt die Bevölkerung. Wenn ein Ministerpräsident seine Bevölkerung befragen will, dann muss er sofort zu Herrn Sarkozy und zu Ihnen Frau Merkel zum Strafrapport, und zwei Tage später ist er weg vom Fenster. Was hat denn das noch mit Demokratie zu tun?

(Beifall bei der LINKEN Volker Kauder (CDU/CSU):
Passen Sie, dass Sie nicht auch zum Rapport müssen!
Passen Sie auf, dass die Kanzlerin Sie nicht auch noch einbestellt, Herr Gysi!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Gysi, es ist Ihnen nicht entgangen, dass Sie schon deutlich über der Zeit liegen.

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Herr Bundestagspräsident, das finde ich erstaunlich. Die acht Minuten von Herrn Lindner dauerten so lange. Meine elf vergehen so schnell. Wie kommt das eigentlich?

Gut, dann lasse ich das aus und sage nur noch eines: Was wir wirklich brauchen, ist etwas ganz anderes. Wir brauchen erstens eine Regulierung der Finanzmärkte. Soros, der Multimilliardär, hat auf die Frage, ob er mit seinen Spekulationen Schuld an der

Krise sei, gesagt: Nein, Schuld ist die Politik. Ich bin gierig, und wenn die Politik mir das erlaubt, dann mache ich das auch. Wenn sie es mir verboten hätte, hätte ich es nicht machen dürfen.

(Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ist verboten, jetzt weiter zu reden!)

Das ist die Logik von Soros. Er gibt Ihnen ironisch die Schuld, und insoweit zu Recht.

Wir brauchen zweitens eine Finanztransaktionsteuer.

(Volker Kauder (CDU/CSU): Nein, nein, nein!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nein, Herr Gysi, das geht jetzt leider nicht.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das können wir nicht mehr hören!)

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

- Das können Sie nicht mehr hören, aber das müssen Sie sich anhören, weil es der einzige Weg ist, der aus der Krise führt. Hören Sie zu! Von den Konservativen verlange ich eines nicht: Ich verlange nicht, dass sie links werden. Das schaffen sie nicht. Aber sie könnten zumindest endlich einmal Vernunft an den Tag legen. Das ist das Minimum.

(Beifall bei der LINKEN)